

Kein Halt in Sachsen-Anhalt

Seit dem Inkrafttreten des Deutsch-Kosovarischen Rückübernahmeabkommens droht den Sinti und Roma die Abschiebung, auch in Sachsen-Anhalt. Doch es regt sich Widerstand. Eine Bestandsaufnahme. Von Frauke Sonnenburg

Die Integrationsleistungen Sachsen-Anhalts sind gezeichnet von unrühmlichen Traditionen. Im Hinblick auf die Geschichte der Sinti und Roma lässt sich das mit Bestimmtheit behaupten. In Magdeburg, das erste Mal im Jahre 1417 urkundlich in der Schöppenchronik erwähnt, dauerte die Geschichte der Ausgrenzung und Vertreibung der Sinti und Roma über Jahrhunderte an. 1935 erreichte die Diskriminierung einen vorzeitigen Höhepunkt, als in Magdeburg das so genannte „Zigeunerlager“ am Holzweg errichtet wurde. 1938 verfügte dann ein Erlass zur „Bekämpfung des Zigeunerunwesens“, dass gegen die Minderheit mit rücksichtsloser Härte vorgegangen werden solle. Die Sinti und Roma wurden nur wenig später zur Arbeit in den Magdeburger Polte-Werken gezwungen. Es folgte die Deportation nach Auschwitz mit bekanntem Ende.

Sachsen-Anhalts Trendwende
– wenn auch nur für kurze Zeit

¹ *SympathisantInnen können unter www.nds-fluerat.org/keine-abschiebung-von-roma-fluechtlingen/ unterzeichnen.*

Im Jahre 1999 flüchten tausende Roma vor dem Bürgerkrieg in Ex-Jugoslawien. Sie gehörten auch dort zu einer Bevölkerungsgruppe, die in besonderem Maße Opfer von Pogromen und Vertreibung war, denn Antiziganismus war und ist im Kosovo ein verbreitetes Phänomen. Einige Flüchtlinge erreichten im Zuge dieser Flucht auch Sachsen-Anhalt und lebten sich dort – wenn auch weiterhin mit Ausgrenzung konfrontiert – ein. Nach dem Ende des Kosovokrieges schützte die Roma nämlich, aufgrund des lange Zeit ungeklärten Status der ehemaligen serbischen Provinz Kosovo, ein Abschiebestopp. Viele Familien konnten vorerst auch von der Bleiberechtsregelung und der Altfallregelung profitieren.

Doch heute droht die Abschiebung von 300 Roma zurück in das Kosovo

Derzeit sind aber 300 Roma von der Abschiebung in das Kosovo bedroht. Die Familien sollen in ein Land zurückgeschickt werden, das für sie keine Zukunft bietet. Die Häuser der Kosovo-Roma sind

entweder zerstört oder werden von neuen Besitzern bewohnt. Die Arbeitslosigkeit unter den Roma im Kosovo liegt bei über 90 Prozent. Die neuen Nachbarn sollen die alten Bekannten sein, von denen sie vor gar nicht langer Zeit durch die Straßen gejagt wurden. Die Teilhabe an schulischer Bildung ist für die in Deutschland aufgewachsenen und sozialisierten Roma-Kinder im Kosovo kaum möglich, weil ein Großteil kaum albanisch spricht.

Es regt sich Widerstand

„Rettet unsere Nachbarn“ hieß die Mobilisierungsveranstaltung, welche im September 2009 in Münster als „Aktion 302“ startete. SympathisantInnen haben die Möglichkeit, sich mit ihrem Namen für ein Bleiberecht der Kosovo-Roma einzutragen. In Sachsen-Anhalt lief die Aktion unter dem Titel „Aktion 300 plus“ an. Der Niedersächsische Flüchtlingsrat hat zusammen mit Erinnerungsverbänden der VVN einen gemeinsamen Aufruf „keine Abschiebung von Roma-Flüchtlingen, bedingungsloser Schutz für Sinti und Roma“ gestartet.¹ Der in Sachsen-Anhalt gegründete Verein „Romano Drom“ (Verein der Roma aus dem Kosovo) verfasste gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt einen Brief an Bundesinnenminister Schäuble. Auf der Internetseite www.blickzurueck.de sind regelmäßig Berichte von Jugendlichen zu lesen, die in die Folgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens abgeschoben wurden.

Aber die deutschen Behörden bleiben hart

Die Ämter und ihre VertreterInnen bleiben allerdings ihrer Linie treu. Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Hövelmann antwortete auf den Brief von „Romano Drom“, dass er aufgrund der ihm vorliegenden Erkenntnisse derzeit keine Notwendigkeit eines Abschiebestopps für Kosovo-Roma erkennen könne. Pünktlich nach der Bundestagswahl, am Montag, dem 28. September, startete der erste Charterflug in Richtung Pristina.<

Frauke Sonnenburg
ist Geschäftsführerin
des Flüchtlingsrats
Sachsen-Anhalt